

Thema

UNO-Vollversammlung

Libyen im Menschenrechtsrat

Die UNO-Vollversammlung schrieb in die Gründungsakte des Menschenrechtsrates, seine Mitglieder sollten mustergültig sein. Dennoch wird sie morgen Donnerstag Libyen in den Rat wählen.

Richard Diethelm, Genf

Die Nichtregierungsorganisationen UN-Watch und Freedom House, die sich als «Wachhunde» über eine freie Welt verstehen, forderten kürzlich die Vereinten Nationen dringend auf, Libyen, Angola, Malaysia, Mauretanien und Qatar nicht in den Menschenrechtsrat zu wählen. «In einer Zeit, da die Zahl der Demokratien in Afrika wächst, wäre es eine schreckliche Botschaft an die Welt, falls die Wahl von notorischen Menschenrechtssündern wie Libyen nicht verhindert wird», warnte Thomas Melio von Freedom House. Die beiden «Wachhunde», die der Rechten in den USA und in Israel nahestehen, stehen mit ihrer Kritik nicht allein.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beanstandete wiederholt die Wahlen in den Menschenrechtsrat, weil die Konkurrenz unter Kandidaten, welche die Menschenrechte gut oder schlecht beachten, ausgeschaltet wurde. Bis auf wenige Ausnahmen schlugen die fünf Ländergruppen, die Anspruch auf eine bestimmte Zahl der 47 Ratssitze haben, jeweils nämlich nur so viele Kandidaten vor, wie Sitze in ihrer Regionalgruppe frei wurden. Daher wird die UNO-Vollversammlung morgen wohl oder übel Libyen und die drei weiteren Kandidaten der Afrika-Gruppe ebenso wählen wie Spanien und die Schweiz, welche die Gruppe der westlichen Länder für ihre zwei freien Sitze portiert hat.

Ein abgekartetes Spiel

Mit diesem abgekarteten Spiel unterlaufen die Vereinten Nationen eine Bestimmung, die sie im März 2006 selbst in der Gründungsakte des Menschenrechtsrates geschrieben haben. Danach haben «die gewählten Mitglieder des Rates die striktesten Normen bezüglich Förderung und Schutz der Menschenrechte» zu beachten. Aber dieselbe Resolution bestimmt auch, jedes Land habe das Recht, zu kandidieren. Mit diesem Argument weist etwa der in der Afrika-Gruppe einflussreiche Botschafter Algeriens in Genf, Idriss Jazairy, Kritik am Wahlvorschlag für Libyen zurück (siehe Interview). Vor den in New York anstehenden Ersatzwahlen gesteht auch ein Schweizer UNO-Diplomat: «Gegen Konkurrenten gewählt zu werden, wäre ehrenvoller. Aber wichtiger ist, dass die Schweiz wieder Mitglied des Menschenrechtsrates wird.»

So sitzen sich aller Voraussicht nach Libyen und die Schweiz, deren Beziehungen wegen der Affäre um Ghadhafi und Göldi schwer gestört sind, die nächsten drei Jahre im Menschenrechts-



Der Menschenrechtsrat mit der von Miquel Barceló gestalteten Decke. Foto: Denis Balibouse (Reuters)

rat gegenüber. In diese Zeit fällt die von der UNO-Versammlung verlangte Überprüfung der Arbeit des Rates nach fünf Jahren. Der Menschenrechtsrat hat die anfänglich (zu) hoch geschraubten Erwartungen (noch) nicht erfüllt. Das ist die Quintessenz aus Gesprächen mit Akteuren des Menschenrechtsrates in Genf. Keiner geht so weit wie einige ausstehende Kritiker, die den permanenten Rat für keinen Deut besser halten als seine Vorgängerin: die völlig diskreditierte UNO-Menschenrechtskommission.

Positiv würdigt Thomas Greminger, der im Schweizer Aussendepartement die für Menschenrechte zuständige Abteilung leitet, die ersten Erfahrungen mit der Universellen periodischen Überprüfung (UPR) der Menschenrechtslage in allen Mitgliedsstaaten. Der Rat hat sie für mehr als 110 Staaten bereits durchgeführt. Dabei werden der - oft schönfärberischen - Selbstdarstellung des ge-

prüften Staates Feststellungen und Empfehlungen des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte und von regierungsunabhängigen (Menschenrechts-)Organisationen gegenübergestellt. Erst in der zweiten Runde der UPR lässt sich allerdings feststellen, ob im betreffenden Staat die Menschenrechte inzwischen besser beachtet werden.

Philippe Dam von Human Rights Watch betont: «Wir haben im Rat mehr Gelegenheiten als früher, unsere Standpunkte einzubringen. Aber es werden noch zu wenige Empfehlungen umgesetzt, damit sich die Menschenrechtslage in den einzelnen Staaten verbessert.» Der Menschenrechtsanwalt attestiert dem Rat, er habe in Bezug auf die weltweite Förderung von Standards beim Schutz der Menschenrechte recht gut gearbeitet. In einer anderen zentralen Aufgabe hat der Rat laut Dam hingegen «kollektiv versagt, weil er sich in einigen der grössten Krisen der Menschenrechte passiv verhielt».

Beispiele sind die schweren Unruhen, die 2008 in Kenia ausbrachen, und die Angriffe des iranischen Regimes auf Oppositionelle nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen. Bezüglich der Tragödie in Darfur sowie der «Endlösung», welche die Regierung Sri Lankas im Kampf gegen die Tamil Tigers suchte, zögerte die Mehrheit im Menschenrechtsrat eine Sondersession hinaus. Am Ende verabschiedete er eine windelweiche Resolution zu Sri Lanka. Eine meist von der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) orchestrierte Mehrheit lässt dagegen keine Gelegenheit aus, Israels Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten zu kritisieren.

Westen in der Minderheit

«Die Sondersession zu Sri Lanka war der Tiefpunkt», sagt der geistige Vater des permanenten UNO-Gremiums zur Förderung der Menschenrechte, Walter Kälin. Der Berner Staatsrechtler und lang-

jährige Sonderberichterstatter bedauert, dass sich bei ideologischen Fragen und schweren Konflikten in einem Land wie in der früheren Kommission sofort Blöcke bilden. In solchen Situationen bringen die OIC, die Afrika-Gruppe und die von Kuba angeführten «Blockfreien Staaten» mithilfe Chinas und Russlands mehr Gewicht auf die Waage als die um die EU und die USA gruppierten westlichen Staaten.

Positiv beurteilt Kälin dagegen, dass der Menschenrechtsrat sich mit dem Befund und den Empfehlungen unabhängiger Experten eingehender befasst und er als Sonderberichterstatter für intern Vertriebene gute Kontakte zu Regierungen geprüfter Länder hat: «Ich wäre frustriert, wenn ich in solchen bilateralen Gesprächen nicht etwas bewegen könnte und meine Empfehlungen sich stattdessen an der schönen Decke im Plenarsaal in Genf in Rauch auflösten.»

«Bezüglich der Menschenrechte hat jedes Land eine andere Sicht der Dinge»

Der algerische Botschafter in Genf, Idriss Jazairy, verteidigt das Powerplay der muslimischen Staaten und der Afrika-Gruppe im UNO-Menschenrechtsrat.

Interview: Richard Diethelm, Genf

Herr Botschafter, gemäss der Gründungsakte des Menschenrechtsrates haben die Mitglieder bei der Förderung und beim Schutz der Menschenrechte die strengsten Normen zu beachten. Warum schlägt Ihre Regionalgruppe da ausgerechnet Libyen zur Wahl vor?

Libyen war im Unterschied zu Algerien noch nie Mitglied. Für die Zusammensetzung des Menschenrechtsrates gilt das Rotationsprinzip. Jeder Staat hat das Recht, zu kandidieren. Sollen wir etwa den Libyern sagen, ihr habt den Einsitz im Menschenrechtsrat weniger verdient als andere Staaten unserer Gruppe?

Es schadet dem Ruf des Rates, wenn Staaten wie Kuba oder Libyen, die notorisch die Menschenrechte verletzen, darin sitzen.

Bezüglich der Menschenrechte hat jeder eine andere Sicht der Dinge. Diese ist geprägt von der Region und der Kultur, in der man gelebt hat. Das Schöne an einem multilateralen System ist, dass man ein gemeinsames Engagement findet, obwohl man aus verschiedenen Kulturen stammt und unterschiedliche Massstäbe ansetzt. Wollte man nur jene Länder in den Rat wählen, welche die Menschenrechte am meisten respektieren, müsste man in derselben Logik fordern: In den UNO-Sicherheitsrat gehören nur diese Staaten, die am meisten für den Frieden tun. Demnach dürften Staaten, die seit 25 Jahren ständig irgendwo Krieg führen, nicht Mitglied des Sicherheitsrates sein.

An welches Land denken Sie?

Da dürfen sie zweimal raten. (Lacht.)

Der Menschenrechtsrat berief 6 der bisher 13 Sondersessionen wegen Israel ein. Dagegen zögerte er lange,

Idriss Jazairy

Er gilt als graue Eminenz in der UNO-Stadt Genf und wichtiger Drahtzieher im Menschenrechtsrat.



auf massive Menschenrechtsverletzungen in Darfur und Sri Lanka zu reagieren. Warum handelt der Rat in Krisen so einseitig?

Die Grundlagentexte des Menschenrechtsrates sehen wohl die Einberufung einer Sondersession vor, aber sie sagen nicht, unter welchen Umständen dies angezeigt ist.

Aber die Einseitigkeit in Bezug auf Israel ist offensichtlich.

Im Fall Israels folgt eine Notlage auf die andere. Aber das herrschende Kräfteverhältnis verhindert eine Lösung des Problems. Jedes Mal, wenn der Rat die israelische Regierung auffordert, die Menschenrechte in den besetzten Gebieten zu respektieren, schiebt sie für ihr Handeln politische Gründe vor. Dem

Schwachen bleibt als einzige Stärke, immer wieder auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen. In der Hoffnung, eines Tages würden die Normen, die in anderen Teilen der Welt beachtet werden, auch in diesem Drama angewendet.

Warum unternahm der Rat nichts gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran nach den Präsidentschaftswahlen?

Der Rat kann sich nicht mit allen Ereignissen auf der Welt befassen, die auch einen Menschenrechtsaspekt haben. Er ist überlastet; bereits heute finden an 50 Wochen pro Jahr Sitzungen statt. In den Vereinten Nationen sollten die Aufgaben klarer zwischen dem Sicherheitsrat, der Vollversammlung, dem Menschenrechtsrat und anderen Organisationen aufgeteilt sein. Will man aus dem Menschenrechtsrat einen Weltverbesserer machen, muss man sein Statut entsprechend ändern.

Im Menschenrechtsrat stehen sich häufig das Lager der afrikanischen und der muslimischen Staaten der

Gruppe der westlichen Staaten gegenüber. Weshalb überwindet der Rat diese unselige Blockbildung nicht?

Ein Block ist die Stärke der Schwachen. Im Menschenrechtsrat bildet allerdings auch die Europäische Union einen Block. Aus der Regionalgruppe Osteuropa stimmen zudem jeweils mehrere Länder mit dem Westen. Dies trifft auch für Chile, Mexiko und Peru in der Regionalgruppe Lateinamerika zu, die früher stets mit den blockfreien Staaten stimmten. Die automatischen Mehrheiten aus der Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer existieren heute nicht mehr.

In der Realität treten vor allem die Afrika-Gruppe sowie die Mitgliedsstaaten der OIC als Block auf . . .

Bosnien-Herzegowina stimmt oft anders als die Mehrheit der OIC-Staaten. In der Afrika-Gruppe nehmen häufig Kamerun und Ghana eine andere Haltung ein. Wir achten aber in unserer Gruppe auf Geschlossenheit, weil Alleingänger zu schwach wären, um dem Druck westlicher Staaten standzuhalten.